

Ausschaffungsinitiative und Gegenvorschlag der Bundesverfassung



Baar, 13. November 2010

Ja zum Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative

Ich bin sowohl von der SVP-Ausschaffungsinitiative wie auch vom Gegenentwurf nicht begeistert, wähle aber schlussendlich das weniger kleinere Übel mit einem Ja zum Gegenvorschlag.

Die SVP-Initiative will Leute, die gewisse Delikte begangen haben, ohne Wenn und Aber ausschaffen. Der Gegenvorschlag will, dass Leute, die zu mindestens 2 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt werden, ausgeschafft werden sollen. Damit dies passieren kann, müssen aber die Grundprinzipien und das Grundrecht unserer Bundesverfassung, das Völkerrecht und speziell der Grundsatz der Verhältnismässigkeit gewahrt werden.

Die SVP-Initiative will vom Einbrecher über den Sozialhilfebetrüger bis zum Mörder alle ausschaffen, ohne die Verhältnismässigkeit zu prüfen. Dem Gegenvorschlag hingegen steht eine klare Vereinheitlichung einer Praxis vor, die bereits heute Realität ist, bei der Anwendung jedoch von Kanton zu Kanton variieren kann.

Nach einer Annahme des Gegenvorschlages sieht das Gesetz klare Kriterien vor, wann eine Ausschaffung zwingend zu prüfen ist. Es kann davon ausgegangen werden, dass die heutige Praxis verschärft wird, andererseits hält sie aber Verhältnismässigkeit bei. Bei der SVP-Initiative droht im Weiteren die Sippenhaft, beim Gegenvorschlag ist dies kaum zu befürchten.

Dies sind die einen Vorteile des Gegenvorschlages. Die anderen Vorteile sind, dass der Staat etwas für die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung tun soll. Der Bund kann Grundsätze erlassen und diese Grundsätze von den Kantonen nicht befolgt werden, Vorschriften zur Integrationsförderung erlassen.

Bei dieser Abstimmung geht es nicht darum, ob kriminelle Ausländer ausgewiesen werden können: dies ist bereits heute möglich. Wir stimmen darüber ab, ob diese Ausweisungen verhältnismässig und unter Wahrung des Völkerrechts oder in unverhältnismässiger SVP-Manier geschehen sollen. Und hier sage ich klar Nein zur SVP-Ausschaffungsinitiative und sage Ja zum Gegenvorschlag.

Alois Gössi
SP-Kantonsrat, Baar